

Gericht prüft Vorladung von Dobernig

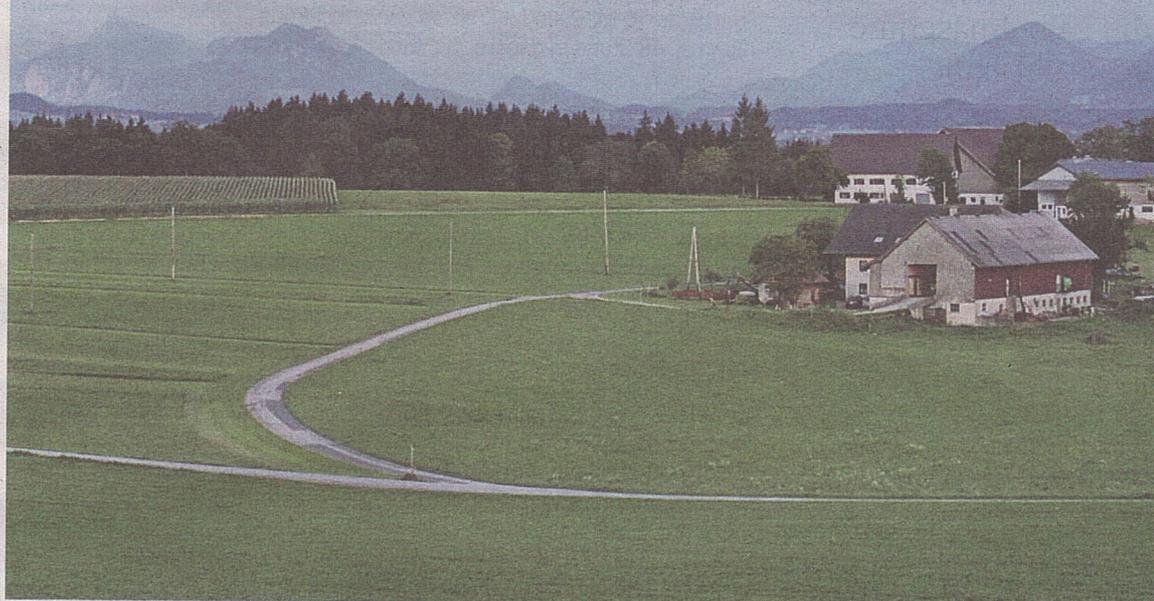
Amtshilfesuch wurde im Seen-U-Ausschuss einstimmig beschlossen.

KLAGENFURT. Zu einer Premiere kam es gestern am Bezirksgericht Klagenfurt: Erstmals ging ein Amtshilfesuch aus dem Landtag ein. Das bestätigt Gerichtssprecherin Martina Löbel. Weil Harald Dobernig (FPÖ), zum Zeitpunkt des überkauften Kaufs von Seeliegenschaften Büroleiter von Jörg Haider, dem Seen-Untersuchungsausschuss einen Korb verpasste, soll ihm nun ein Richter die 50 Abgeordneten-Fragen stellen. Anders als der U-Ausschuss könnte ihn das Gericht auch vorführen lassen. Laut Löbel werde jetzt die Zuständigkeit geprüft.

Ausschussvorsitzende Barbara Lesjak (Grüne) wertet das Amtshilfesuch als Zeichen der „guten Arbeit“, die im U-Ausschuss geleistet werde. Selbst die FPÖ mit Klubobmann Christian Leyrouz habe laut Lesjak diesen – einstimmig gefasst – Beschluss unterstützt.

Bei der neunten öffentlichen Sitzung am Dienstag erhärtete sich der Verdacht, Dobernig spiele seinen Einfluss, den er beim Kauf der Seeliegenschaften im Herbst 2007 ausübte, herunter: Anders als von ihm beschrieben („Aktenträger“) soll er sogar maßgeblich mitverhandelt haben. Kurt Scheuch (FPÖ), der Dienstag als Zeuge geladen war, schloss in dem Zusammenhang Kick-back-Zahlungen bzw. „Begleitmusik“ an seine Partei strikt aus. Anlass für Mutmaßungen liefern ungewöhnlich hohe Honorare und Provisionen; der Preis für die Immobilien war laut Rechnungshof um bis zu zwölf Millionen Euro zu hoch. Scheuch versuchte zu kalmieren: „Auch der Kauf Alaskas durch die USA war damals umstritten, dabei war es das beste Geschäft aller Zeiten.“ **UWE SOMMERSGUTER**

Land zeigt Zersiedelung die rote Karte



Rückwidmungen werden überlegt. Der Überhang an gewidmetem Bauland in Kärnten ist so groß, dass hier 1,2 Millionen Menschen siedeln könnten.

ANDREA BERGMANN

Ein Flug über Kärnten zeigt es – und man muss kein Experte sein, um zu erkennen: Im Land gibt es viel Zersiedelung. Also Häuser, Höfe, Weiler, die weit voneinander und von Ortszentren entfernt liegen, aber mit Wegen, Straßen, Wasser-, Kanalnetz verbunden und mit Müllabfuhr, Schneeräumung oder Schulbus versorgt sind. Dem lange praktizierten Trend zum Wohnen im Grünen, während die

Ortszentren „ausbluteten“, will die Landespolitik einen Riegel vorschieben. Auch wegen der hohen (Infrastruktur-)Kosten, die die Zersiedelung für Bewohner, Gemeinden und Land bringt.

Jetzt wird an einer neuen Raumordnung für Kärnten gearbeitet. Denn das Gesetz stammt aus den 90er-Jahren. Gemeinderäte und Bürgermeister werden von Beginn an mit einbezogen. Landeshauptmannstellvertreterin Gaby Schaunig als Wohnbaureferentin sowie Landesrat Rolf Holub, zuständig für Raumordnung, kündigten gestern Informationsveranstaltungen an.

Platz sparen

Die neuen Ansätze: Zersiedelung stoppen und bestehende Ortszentren (wieder-)beleben; durch Sanierung alter Bauten oder Abriss und Neubau von Geschäften und Wohnungen an alten Plätzen. Das Land will Projekte innerhalb des Gemeindeflächengebietes

künftig mit Wohnbauförderung forcieren. In Völkermarkt und Wolfsberg gebe es bereits konkrete Projekte. Ein Beispiel für die platzsparende Neuausrichtung: Laut Richtlinie wird nun pro Wohnung nur noch ein Parkplatz gewidmet. Bisher waren es eineinhalb.

Die Landespolitik greift mit der angepeilten neuen Raumordnung trotz der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2015 eine heiße Kartoffel auf, denn es geht auch um Rückwidmungen. In Kärnten gibt es laut Holub 30 Prozent in Bauland gewidmete Flächen, die noch nicht verbaut sind. „Wir bräuchten 70 Jahre lang keine Umwidmungen“, zeigt Schaunig die Dimension drastisch auf. „Auf den gewidmeten Flächen könnten sich 1,2 Millionen Kärntner niederlassen“, legt Holub rein rechnerisch für ein Land nach, das von Abwanderung und Bevölkerungsschwund betroffen ist. Weil es bei den